

# Mit Geläut und Gesang

Schleswig-Holstein will die Mediziner Ausbildung an der Uni Lübeck abwickeln. Die Pläne entsetzen die Republik und entzweien die Regierungsfaktionen.

**G**ewöhnlicherweise wird hier gebetet und gesungen, aber darauf allein wollen sich die Lübecker nicht mehr verlassen. Ein großes Transparent trugen Demonstranten am vergangenen Donnerstag in die Marienkirche, den mächtigen Backsteinbau mitten in der Innenstadt. Unter Glockengeläut entrollten sie es hoch oben vom Turm: „Lübeck kämpft für seine Uni!“

Dann sangen die Protestler doch noch. Allerdings keine Kirchenverse, sondern einen Schmahgesang auf die schwarz-gelbe Landesregierung und deren Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU). Diesmal forderten sie den Rücktritt des Ministers, sonst singen sie zur Melodie des Schlagers „An der Nordseeküste“ gern: „In der Bildungswüste, im norddeutschen Land, ist de Jager Minister, dem fehlt Sachverstand.“

Mit Geläut und Gesang wollen die Lübecker verhindern, dass die Landesregierung die Mediziner Ausbildung an ihrer Universität abwickelt, um zunächst pro Jahr 24 Millionen Euro einzusparen. Damit droht der gesamten Einrichtung das Aus, denn die feine, aber kleine Hochschule hat wenig mehr zu bieten als ihre erstklassige Medizin mit 1500 Studenten.

So könnte die Kieler Regierung dafür sorgen, dass die Bundesrepublik eine traurige Premiere erlebt: die Schließung einer staatlichen Universität.

Die Sparpläne sorgen nicht nur in Lübeck, sondern auch im Rest der Republik für Entsetzen. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) hatte erst kürzlich versprochen, den Ärztemangel zu bekämpfen. Bundesgesundheitsministerin Annette Schavan (CDU) lässt im Hintergrund bereits prüfen, was der Bund tun kann. Und die anderen Bundesländer sind sauer, dass sich Schleswig-Holstein aus der Verantwortung stehlen will.

Eigentlich ist man sich darüber einig, dass Deutschland eher mehr Studienplätze in Medizin braucht. Vielerorts müssen die Hochschulen immer wieder Interessenten abweisen, weil die Plätze nicht reichen. Bei den Verwaltungsgerichten häufen sich die Klagen von Studenten, die draußen bleiben mussten. Doch Medizinstudienplätze sind sehr teu-

er, die Last lädt sich kein Bundesland gern auf.

Die bundesweite Aufregung dürfte der Landesregierung freilich weniger Sorgen bereiten als ein einziger Mann, der mit den 10 000 Protestlern vergangenen Donnerstag durch die heiße Lübecker Innenstadt marschierte: Gerrit Koch, Lübecker FDP-Abgeordneter im Kieler Landtag, in dem die schwarz-gelbe Regierung mit nur einer Stimme Mehrheit herrscht.

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Medizinfakultät in Lübeck erhalten bleibt“, sagt Koch. Einem Sparpaket, das

CDU-Landtagsabgeordnete Hartmut Hamerich. Er stammt aus dem Wahlkreis Eutin-Süd, gleich neben Lübeck, und auch er stellt sich gegen seine Partei: „Wir werden eine andere Lösung finden.“

So könnte ein Sparkonzept zum Zug kommen, das die Hochschulleitung auf Druck der Landesregierung selbst erarbeiten musste und nun am Dienstag im Beisein von Abwechler Koch vorstellen will. Danach soll Lübeck in eine Stiftungsuniversität verwandelt werden. Im Wissenschaftsministerium verweist man hingegen auf viele ungeklärte Punkte,



Protest gegen die Landesregierung in Kiel: „In der Bildungswüste“

die Schließung vorsehe, werde er nicht zustimmen.

Die Willensbekundung ist brisant, denn in der nächsten Woche soll das Paket vom Kieler Kabinett verabschiedet werden. Im Dezember steht dann der Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 zur Abstimmung im Landesparlament.

Um dabei eine Niederlage zu vermeiden, könnten Regierungschef Peter Harry Carstensen (CDU) und sein Wissenschaftsminister de Jager schon vorher beidrehen und auf die Schließung der Lübecker Uni-Medizin verzichten.

„Ich gehe nicht davon aus, dass sich diese Frage noch stellen wird“, sagt der

etwa woher denn plötzlich die edlen Spender für eine solche Stiftung kommen sollten.

Die Landesmittel seien bisher ohnehin falsch ausgegeben worden, bemängelt hingegen der Medizinische Fakultätentag. Ein allzu großer Teil der Gelder, die für Forschung und Lehre gedacht sind, werde tatsächlich für die Krankenversorgung verwendet – weit mehr als in anderen Bundesländern. Das Wissenschaftsbudget könnte leicht entlastet werden, indem die Landesregierung diese Subventionierung der Krankenversorgung zurückfahre.

Mit der Kritik von allen Seiten wächst der Druck auf die Landesregierung, das Aus abzuwenden. Es sei wichtig, dass die Landesregierung jetzt schnell ein klares Bekenntnis zu Lübeck abgebe, heißt es aus dem Hause Schavan – das klingt fast wie ein Ultimatum. Dabei belegt das Hickhack um Lübeck einmal mehr, wie machtlos die Bundesregierung ist, wenn in der Bildungspolitik Budgetzwänge über hehre Absichten siegen.

Wenigstens auf kirchlichen Beistand dürfen die bedrohten Mediziner zählen. Der Lübecker Pastor Bernd Schwarze wählte dazu markige Worte. Er habe nie gedacht, dass aus seiner Kirche mal „eine Festung gegen politischen Irrsinn“ werden würde. Aber „so viel Böses, so viel Lüge und so viel Dummheit“ habe er noch nie gehört.

JAN FRIEDMANN,  
MARKUS VERBEET

## Teure Mediziner

Ausgaben deutscher Universitäten pro Studienabschluss 2007, in Euro

